

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Veranstaltung: Tagesblatt Rieser.  
Gernuf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postkonton: Dresden 1890  
Circulose Rieser Nr. 12.

Nr. 179.

Donnerstag, 3. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Beleggeld. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachwehlungs- und Vermittlungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Bekanntmachung.

§§ 23 und 24 der Straßenpolizeiordnung vom 2./12. 1900 werden wie folgt geändert.  
§ 23. Hunde. Außerhalb der Zeiten einer polizeilichen Hundesperre ist das freie Umherlaufen von Hunden auf den öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt nur in Begleitung des Eigentümers oder einer Person zulässig, der der Hund gehorcht. Bistige Hunde müssen mit gutem sicheren Maulkorbe versehen sein und müssen, ebenso auch blinde Hündinnen, an kurzer Leine geführt werden.  
In den Anlagen des Rosenparks (Kaiser-Wilhelm-Parkes), desgleichen des Stadtparkes dürfen (auch auf dem Wege) Hunde überhaupt nicht frei umherlaufen.  
§ 24. Hundehalsband. Am Halsband jedes Hundes, mit Ausnahme der Jagdhunde, welche an Wagen angelehrt sind, ist eine Metallplatte anzulegen, auf welcher der Name und Wohnort des Besitzers des Hundes in deutlicher Schrift zu lesen ist. Alle Hunde, welche ohne eine solche Namensplatte betroffen werden, werden eingekerkert und falls sie

nicht innerhalb 3 Tagen unter Erlegung von 10 Mark Bußgeld und 7.50 Mark pro Tag Futterkosten beim städtischen Hundefänger zurückgeführt werden, für Rechnung dessen, den es angeht, versteigert bzw. getötet. Des Weiteren wird außer den vorgenannten Kosten in jedem Falle eine Auslösegebühr von 10 Mark erhoben.  
Der Rat der Stadt Rieser, am 2. August 1922. Abld.

## Beschaffung von Nationalflaggen.

Da der 11. August 1922 in ganzem Reich in größerem Umfang gefeiert werden wird, wiederholen wir unsere Aufforderung und Mahnung, die zum Flaggen und Schmücken der Häuser Anlaß geben, nur in den Reichsfarben (Schwarz-rot-gold), den Landes- oder den Stadtfarben zu flaggen.  
Aus diesem Anlaß fordern wir die Einwohnerschaft auf, für die rechtzeitige Beschaffung von Nationalflaggen besorgt zu sein.  
Der Rat der Stadt Rieser, den 1. August 1922. Nr.

## Vertikales und Sächsisches.

Rieser, den 3. August 1922.

Feier des Verfassungstages. Der Ministerpräsident hat angeordnet, daß am 11. August, dem Verfassungstage, die Vorstände der staatlichen Behörden die Beamten, Angestellten und Arbeiter ihrer Behörde zu einer kurzen Feier versammeln, in der durch eine Ansprache die Bedeutung des Tages gewürdigt wird. Den Behörden eines Ortes soll es überlassen bleiben, sich zu einer gemeinsamen Feier zusammenzuschließen. Ferner ist angeordnet worden, daß die staatlichen Dienstgebäude, die staatlichen Schulen und die im wesentlichen aus Staatsmitteln unterhaltenen Stiftungsgebäude am Verfassungstage besetzt werden und zwar, wenn nur eine Flagge aufgezogen werden kann, mit der Reichsflagge.

Lohnverhöhung für die sächsischen Gemeindegeldarbeiter. Der Lohn für die sächsischen Gemeindegeldarbeiter in Ortsklasse A ist in neueren Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Metallarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Feiler mit Wirkung vom 1. August ds. J. ab um 75 Pf. auf 1 Mark für die Arbeitsstunde erhöht worden. Weitergehende Anträge, insbesondere auch solche auf Nachzahlungen für den Monat Juli, haben sich dadurch erledigt. Das Prozentverhältnis für die einzelnen Arbeitergruppen, die Augenblinden und für die Ortsklassen B und C des Lohnstarifes ist daselbst geblieben mit der alleinigen Ausnahme, daß die unpolierten Arbeiter nicht 91, sondern 99 Prozent des Lohnstarifes des betreffenden Ortsklasse erhalten. Die getroffene Regelung gilt bis Mitte August.

Wacnung. In letzter Zeit sind hier wiederholt Verführer von Gaspar-Apparaten aufgetreten. Sie haben Erfahrungen und in großer einflussreiche Spiralen und Siebe angeboten und hierbei erklärt, daß sie im Auftrag des Gaswerkes kämen. Sollten hier noch weitere Artikel angeboten und von den Verkäufern dabei erklärt werden, sie seien hierzu vom Gaswerk beauftragt, so wird den Gasabnehmern empfohlen, sich von den betreffenden Personen einen Ausweis des Gaswerkes vorzeigen zu lassen.

Fahrrad Diebstahl. In der Nacht zum 30. Juli d. J. ist aus dem Waidhause eines Grundstückes der hiesigen Bismarckstraße ein Herrenfahrrad Marke und Nummer unbekannt, schwarzer Rahmenbau, schwarze Felgen, die hintere in der Mitte mit einem breiten roten und rechts und links je einem schmalen gelben Streifen versehen, neue Gabe Bereifung und beschädigte Griffe gestohlen worden. Von sachdienlichen Wahrnehmungen über den Verbleib des Fahrrades wolle man der hiesigen Krim.-Abt. Mitteilung machen.

Sächsischer Schuhmacher-Verbandstag. Die Tagung des Sächsischen Schuhmacher-Innungsverbandes in Döbeln wurde am Sonnabend eingeleitet durch die Eröffnung der Sachausstellung. In sämtlichen oberen Räumen des Schützenhauses einschließlich der Saalgalerien sind die Arbeiten des Schuhmacherhandwerks zur Ansicht gebracht. Maßarbeit aller Art, Gebrauch- und Luxusstücke, Sport- und orthopädisches Schuhwerk sind in großer Reichhaltigkeit und Fülle zu sehen. Zahlende von Interessenten aus allen Gegenden Sachsens und von weiter her, aus Deutschösterreich, Rheinland, Nord- und Südwestdeutschland waren zum Besuche dieser Ausstellung gekommen. Am Sonnabend abend sprach im Saale des Schützenhauses der orthopädische Schuhmachermeister Dähler aus Jwidaun über die „Beschuhung kranker Füße“. Er betonte, daß jeder Mensch darauf bedacht sein müsse, sich die Füße möglichst lange gesund zu erhalten. Aber schon den Füßchen der Kleinen Kinder werde Gewalt angetan. Sowohl die Strumpfweibe als auch die Schuhweibe hindern die Füßchen in ihrer Beweglichkeit. Es sei zu fordern, daß nur solches Schuhwerk hergestellt und verkauft wird, das der Zweckmäßigkeit entspricht. Auch zum Wandern gehören zweckmäßige Schuhe. Oft werden zum Wandern die ältesten und abgetragenen Schuhe mit losen Knäppen, unrichtigen Abätzen usw. verwendet, wodurch das Wandern zur Qual statt zum Genuß wird. Sächsischen Schuhen sind noch Sandalen vorzuziehen; besonders für ärmere Kinder empfehlen sich solche. Das verbreitetste Fußleiden ist der Anknäuf. Er ist das Produkt mangelhafter Ernährung, die Sehnen und Bänder sind nicht kräftig genug entwickelt, das Fußgewölbe sinkt deshalb durch, es wird durch die Körperlast gelent. Die Bekämpfung des Knäufes ist dem denkenden Schuhmacher dadurch möglich, daß er durch entsprechende Form des Schuhwerkes den Fuß in die ursprüngliche Stellung zurückdrängt. Wichtig ist dabei die Herstellung des Fußlebens; dazu muß die Kunst des Meisters zeigen. Die Folge des vernachlässigten Knäufes ist der Plattfuß; seine Bekämpfung ist ähnlich wie die des Knäufes. Schwere Fälle

sind dem Arzte zu überweisen. Der Vortragende gab den Schuhmachern weiter Hinweise, wie durch entsprechende Schuhwerk den Schmerzen des Karpensporus (Knöchelentzündung an der unteren Spitze des Feriens) den lästigen Dornschieben usw. zu begegnen ist. Des länger beschäftigte er sich mit dem Schuhwerk für Frauenfüße und betonte zum Schluss, es müsse dem Schuhmacher eine große Verehrung sein, sagen zu können, den Weibern mit Fußfehlern wieder zu einem normalen Gange verholfen zu haben. — Die Hauptversammlung fand am Sonntag und Montag statt. In längerem Vortrag erläuterte Herr Reichel den Jahresbericht. Er schilderte die derzeitige Lage des Schuhmacherhandwerks als ungünstig. Der Sächsische Schuhmacherinnungsverband zählt unter den 22 deutschen Berufsverbänden zu den bestorganisierten und steht mit seinen Leistungen, besonders in der Lösung beruflicher Fragen, an der Spitze. Ihm gehören außer einigen kleineren gesamtlichen Innungen sämtliche 65 sächsischen Schuhmacher-Innungen an mit rund 5000 Mitgliedern, 2000 Gesellen und 2500 Lehrlingen. — Herr Fraack-Dresden hielt einen Vortrag über die Sicherung der Erfindung des selbständigen Schuhmachers. Ein Höhepunkt der Tagung bildete der volkswirtschaftliche Vortrag des Herrn Syndikus Weber vom Landesverband für das sächsische Landwerk in Dresden. Auf Vorschlag des Vortragenden wurden drei Entschlüsse angenommen, die betrafen 1. einen Protest gegen die sächsische Regierung wegen ihrer Haltung in Bezug auf das Reichsbauwesen in Dresden; die Heberleistung dieses Bauwesensamtes an die Konsumvereine wird auf das Leibelste bedauert, da diese Heberleistung dem sächsischen Schuhmacherhandwerk schweren Schaden zufügt und in Widerspruch zur Reichsverfassung steht; 2. unter Einwirkung der dauernden Preissteigerung aller Materialien, der der Schuhmacher schließlich erliegen muß, das Ersuchen an die Regierung, a) ein Gesetz gegen das Piraterium zu erlassen, b) bei der Steuerfestsetzung auf die Notlage des Schuhmacherhandwerks Rücksicht zu nehmen, c) Maßnahmen zu ergreifen, die eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeiführt; 3. einen Einbruch gegen die rückwärts gerichtete Steuererhöhung der Finanzämter. Die drei Entschlüsse wurden offiziell angenommen. Im Anschluß mit der Beratung des Haushaltsplans wurde die Erhöhung der Verbandssteuer beschlossen. Die Vorstandswahl wählte eine Wendung in der Geschäftsführung des Verbandes. Der langjährige Verbandsvorstand Herr Ferdinand Reichel-Döbeln erklärte, daß er von seinem Amte endgültig entbunden zu sein wünsche. Es wurde darauf der 2. Obermeister Herr Angermann-Dresden mit Dreiviertelmehrheit gewählt. Der Sitz des Verbandes wird nunmehr nach Dresden verlegt. Herr Reichel wurde zum Ehren-Verbandsvorsitzenden mit einem Ehrensolde ernannt. Am zweiten Tage nahmen sachliche Vorträge und Anträge die Zeit in Anspruch. Besonders die Preisberechnung für Schuharbeiten bildete den Gegenstand längerer Beratungen. Das Ergebnis war die Annahme eines Antrages, dem Deutschen Schuhmacher-Innungsverbandstag in Mannheim einen Sachantrag vorzulegen über Revision der Weimarer Beschlüsse über die Preisberechnung. Herr Fraack-Dresden hielt einen Vortrag über „Schule und Werkstatt“, der auf langjährige Erfahrungen beruhte und Zustimmung fand. Eine Anzahl Anträge gingen von der Leipziger Innung aus. Sie erstreben u. a., daß rein gewerksmäßige Leistungen von der Umsatzsteuer befreit werden, und die soziale Fürsorge, insbesondere die Alters- und Invalidenversicherung des Reiches auch dem Handwerk zugute kommen zu lassen. Herr Syndikus Weber verwies auf die eigenen Krankentassen des Landwerks. Die Anträge wurden jedoch angenommen. Einem Antrag, daß Lehrlinge, die in Werkstätten lernen, in denen die Sohlen angeklebt werden, bei der Gefellenprüfung von Vorkontrollen befreit werden sollen, konnte noch nicht in vollem Umfang Ratgegeben werden, anerkannt wurde jedoch, daß das Klebverfahren eine große Bedeutung erlangen könne. Die Verhandlung wurde hierauf geschlossen.

Verband Sächsischer Industrieller. Der Gesamtverband des Sächsischen Industrieller-Verbandes hielt am 27. Juli eine Sitzung ab, in der zunächst der Vorsitzende und der Syndikus über die Aussprache berichteten, welche eine Abordnung des Sächsischen Industrieller-Verbandes mit dem Wirtschaftsminister, Herrn Feilich, und dem Minister des Innern, Herrn Wipperfurth, wegen der Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen gehabt hat, die anlässlich der Demonstrationen am 27. Juni und 4. Juli in sehr großem Umfang gegen Inhaber und Leiter von Industriebetrieben gerade in Sachsen vorgekommen sind. Der Gesamtverband nahm von dem Bericht Kenntnis und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die sächsische Regierung wirksame Maßnahmen treffen werde, um derartige Ausschreitungen, welche die Produktion in hohem Grade zu schädigen geeignet sind, in Zukunft zu verhindern. Es wurde nachdrücklich betont, daß der

Ruf Sachsens durch solche gegen die Leiter der industriellen Produktion gerichtete Ausschreitungen außerordentlich leidet und daß man nicht oft genug darauf hinweisen könne, wie schwer die Arbeiterklasse selbst durch solche Vorgänge getroffen wird. Denn außerhalb Sachsens muß die Meinung entstehen, daß für die Bereitstellung von Krediten, die Vergabe von Kapital zur Vergrößerung der Betriebe und Steigerung der Produktion die unbedingt notwendigen Voraussetzungen der Ruhe und Sicherheit in Sachsen nicht vorhanden sind. Es folgte ein Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des Reichstages zu dem Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe und über die Abänderung des Einkommensteuer- und des Erbschaftsteuergesetzes. Die Beschlüsse hierzu sind sämtlich unter dem 20. Juli ds. J. ergangen. Zum Gesetz über die Zwangsanleihe wurde festgestellt, daß es gegenüber den Regierungsvorlagen einige bemerkenswerte Verbesserungen im Sinne der Berücksichtigung von Erfordernissen der deutschen Wirtschaft enthält. Auf der anderen Seite ließ sich nicht verkennen, daß seit dem Erlaß des Mantelgesetzes vom 8. April ds. J., das die Erhebung einer Zwangsanleihe festsetzt, die Verhältnisse auf dem deutschen Wirtschaftsmarkte wesentlich ungünstiger geworden sind und daß die Gefahr besteht, die Belastung des deutschen Wirtschaftslebens aus einer Zwangsanleihe von 70 Milliarden Mark werde die Produktion nachteilig beeinflussen, insbesondere für nationale Betriebsmittel entstehen und Geldentwertung, Teuerung und Kreditnot immer mehr steigern. In den Novellen des Einkommen- und des Erbschaftsteuergesetzes war man darüber einig, daß, wie der Verband zuletzt in der Vorstandssitzung vom 9. März ds. J. ausbrach, die Ausgestaltung der Steuererhebung eine dringende Notwendigkeit ist und daß die Gesamterhebung aller nach dem Kriege erlassenen Steuererhöhungen an der Hand dieses Erfordernisses unausführbar erscheint. Es fand ferner eine Aussprache über einen zur Zeit vorliegenden Gesetzentwurf über die Regelung der Fernarbeit statt. Der Verband wird die Wünsche der sächsischen Industrie hierzu den zuständigen Stellen übermitteln. Der Gesamtvorstand beschloß weiter, der dreijährigen Reichstagerversammlung einen gemeinsamen Besuch abzustatten. Neu aufgenommen wurden 56 Mitglieder, die Zahl der dem Verbande angehörenden sächsischen Industrie-Mitgliedsfirmen beträgt weit über 7000.

Reichs- und Landesgelder für die Gemeinden. (Verteilung aus dem Ausgleichslohn.) Der Ausschuss zur Verwaltung des Ausgleichslohn hat beschlossen, die Rechnung für 1920 auszuschließen und den Barbestand von 15 954 658,34 Mark auf die Rechnung 1921 zu übertragen, der auch die weiteren Einnahmen für das Jahr 1920 zuzurechnen sind. Der Barbestand des Jahres 1920 und die bis jetzt für 1921 zur Verfügung gestellten Mittel, zusammen etwa 90 Millionen Mark, sollen in Kürze zur Verteilung an bedürftige Gemeinden gebracht werden. Mit Rücksicht auf die Beschränkung der Zuweisungen aus der Einkommensteuer durch das am 13. Juli 1922 vom Landtag angenommene Staatshaushaltsgesetz auf 100 Mill. Mark jährlich mußte der ursprünglich in Aussicht genommene Verteilungsplan etwas eingeschränkt werden. In Aussicht genommen werden zunächst vier Verteilungen. Die Durchführung jeder von ihnen wird etwa einen Monat in Anspruch nehmen. Buerst zur Verteilung kommen werden etwa 37 Millionen Mark für die Aufwendungen der Gemeinde für die Polizei, das Armenwesen, die Volkshilfsvereine und den Wohnungsbau. Für die Aufwendungen der Gemeindefürsorge, die auch im Jahre 1921 manche Gemeinden noch stark belasteten, werden wiederum unter Zuhilfenahme der vom Reich gewährten und noch für drei Viertel Jahr erwarteten Beihilfen Unterstützungen gewährt. Der endgültige Aufwand des Ausgleichslohn dafür wird unter Berücksichtigung der verlagerten Zahlung der erwarteten Reichszuschüsse auf 6-7 Millionen Mark geschätzt. Etwa 35 Millionen Mark sind weiter zur Verfügung gestellt worden, um den Gemeinden Beihilfen für ihre Volkshilfsvereine zu gewähren. Wie auch im Vorjahre, so auch diesmal wieder, sollen diejenigen bedürftigen Gemeinden, die für das 1. Halbjahr 1920 zur Verfügung der Lehrgeldhalter vom Staat Darlehen erhalten haben, die sie nach dem Gesetze über Volkshilfsvereine durch Kürzung ihres Anteils an der Reichseinkommensteuer noch zurückzahlen haben, diese Rückzahlungen durch die Unterstützungen erleichtert werden. Endlich ist beschlossen worden, rund 4 800 000 Mark bereitzustellen, um nothleidende Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Sozialrentnerfürsorge im Rechnungsjahr 1921 zu unterstützen. Aus dem noch verbleibenden Rest sollen außerordentliche Beihilfen in ganz besonders dringenden Fällen gewährt werden. Erwogen wird noch, falls die Mittel hierfür ausreichen, einen Ausgleich für die Aufwendungen der Bezirksverbände durchzuführen und den Gemeinden durch Gewährung von Zuschüssen die Unterhaltung höherer Behrinstellen, Erziehung- und Fachschulen, sowie von Kranken-



gänger, besaß der Verkehrsamt der Amtshauptmannschaft Blauen, an Sonntagen alle Kommunikationswege außer den Straßen Blauen-Löberitz und Blauen-Falkenstein zu sperren, und zwar im Sommer von 1-8 und im Winter von 1-7 Uhr. Ausgenommen von der Sperre sollen nur Dienstreifen und bringende Fahrten von Kerkern sein. Außerdem der Ortshafen soll eine Geschwindigkeit von nur 20 Kilometern zugelassen sein.

**U. e.** Auf der Strecke Grünhübel-Nittersgrün wurde beim Arnoldshammer ein Privatauto vom Juge erfasst und in den Graben geschleudert, die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

**W. e. h.** Aus unbekannter Ursache geriet das aus vier Gebäuden bestehende Wärderei-Gut in Brand. Drei Gebäude brannten völlig nieder, sodas ein Millionen Schaden entstanden ist.

**T. a. u. c.** Ein mit einem Pferd bespanntes Geschirre des Brennereibesitzers Dörig hielt vor dem Vorkaerthaus, wo der Kutcher Wärderei einsteuerte. Ein in der Nähe wohnhafter Schultze schlug mit einer Rute auf das Pferd, wodurch dieses scheute und mit dem Wagen in die innere Stadt, über den Marktplatz in das Schaufenster der Filiale des Konsumvereins rannte, wodurch die große Glasdeibe zertrümmert wurde. Ein vor dem Laden stehender Handwagen wurde von dem scheuen Tier umgerissen und das darin befindliche Kind verbleiblich verletzt. Das Pferd, das einen Wert von ca. 70 000 Mark hatte, mußte infolge der dabei erlittenen schweren Verletzungen später noch getötet werden.

**W. e. p. g.** Ein Eisenbahnbeamter fand zwischen den Eisenbahnhöfen der Strecke Berlin-Weißensee-Cöpen in der Nähe der Station Weißensee zwei Personen tot auf. Neben war der Kopf abgetrennt, auch sonst waren die Leichen gräßlich verunstaltet. Aus den vorgefundenen Papieren ging hervor, das es sich um den 1903 in Reichensbach i. V. geborenen Oswald Richard Siefert und um die etwa gleichaltrige Gertrud Ida Drehschlegel aus Cundorf bei Blauen handelt. Da beide engumarmt auf den Schienen aufgefunden wurden, ist mit Sicherheit anzunehmen, das sie gemeinsam den Tod gesucht und gefunden haben.

Ueber die Beweggründe zu der unglücklichen Tat lies sich bis jetzt nichts feststellen. - Am Sonntag ist der Schneidermeister Augustus von Markschütz im Brunnen der Siedelei von Wettin ermordet aufgefunden worden. Die nähere Untersuchung ergab, das der Mann durch Stiche in den Hals ermordet worden ist und dann in den Brunnen gestürzt wurde. Der Ermordete hatte zum Einkauf von Stoffen Geld bei sich und war aus dem Wege nach Weipzig. Das Geld fehlt. Es liegt also ein Raubmord vor.

**W. e. p. g.** Hier ist im 53. Lebensjahre der ehemalige Generaloberarzt Dr. med. Sommer gestorben. Er war am 1. April 1869 in Rasuren geboren, studierte in Königsberg und Halle Medizin und war vorübergehend in Preußen und Berlin, später beim 15. Jägerbataillon in Würzen als Bataillonsarzt, dann als Regimentsarzt beim Infanterieregiment 179 in Würzen kommandiert. Im Jahre 1918 wurde der Verstorbene nach Weipzig versetzt. Seine Beförderung zum Generaloberarzt erfolgte im Jahre 1919.

### Dresdner Schwurgericht.

— Eine äußerst umfangreiche Strafsache beschäftigte das Dresdner Schwurgericht am Mittwoch. Die Anklage war erhoben worden gegen den 1900 in Dresden geborenen ehemaligen Hilfspostkammer-Gewerks Hans K. r. e. i. s. c. h., dem der Ermordungsdelikt einfache und schwere Unterschlagung im Amte, sowie Diebstahl zur Last liegt.

Zur Person und Anklage gab Kreische an, das er 1917 als Ausbilder beim Postamt Dresden 24 eingestellt und dann nach Riesa versetzt, von dort aus zum Heere einbezogen worden sei. Nach seiner Entlassung wurde Angeklagter beim Postamt Riesa in Verwendung, dort auch verpflichtet und am 1. Februar 1920 zum Postamt Dresden 28 versetzt, um hierauf der Postanstellung Gorbiz zugeteilt zu werden, wo er als Landbriefträger tätig war.

Nach dem Eröffnungsdelikt soll Kreische Anfang Dezember v. J. einen aus Amerika stammenden, für einen Postinspektor Kubert bestimmten Brief, der vier Dollarnoten als Beihilfsmittel enthielt, unterschlagen haben. Kreische war gekündigt, er bemerkte hierzu aber, das es bei der Post allgemein üblich sei, das bei der Abendbestellung Drucksachen und ausländische Briefe nicht (D) mit abgetragen würden, sondern bis zur nächsten Frühbestellung liegen bleiben, allerdings im Postamt. Kreische will jenen Brief der Vorchrift wider mit nach Hause genommen und in den Fischen gelegt haben, wo er längere Zeit liegen geblieben sei. Dann habe er schließlich über den Inhalt verfügt und den Erlös der Dollarnoten für sich verbracht, in einer Notlage will er sich nicht belunden haben.

Als weiterer Punkt der Anklage kam die Unterschlagung eines Briefes Ende Dezember 1921 in Frage, dieser kammt aus Erfurt. Angeklagter besitzt die Tat und insbesondere auch die Beamteneligenheit. Schließlich wurde der ungetreue Postbeamte noch beschuldigt, das er als Gorbizer Landbriefträger im Februar v. J. in drei Fällen auf seinen Bestellungen zur Weiterbeförderung erhaltene Beträge in Höhe von 821,50 M., 1722,25 M. und 81,50 M., die von einem Ortsverwalter und Gutbesitzer aus Bennisch stammten, nicht in sein Annahmehuch eingetragen und unterschlagen hat. Auch hier war Kreische im Allgemeinen gefählig, den zweiten großen Betrag will er unterschlagen haben, um damit die erkannte Summe zu decken, über die anderweitige Verwendung der übrigen Gelder machte er auf Vorhalte keine Angaben.

Am 1. März war Kreische, nachdem die Unregelmäßigkeiten bekannt geworden, schlieflos zur Entlassung gekommen, er lief aber trotzdem in seiner bisherigen Uniform herum. So besaß Angeklagter noch einen Schlüssel zum Postamt in Riesa in, damit drang er am 8. April in die dortigen Räume, stahl ein Paket, das 12 Paar Kinderstübe enthielt, und brachte dadurch seine früheren Beihilfer Kollegen in die größte Verlegenheit, diese gerieten ernstlich in Verdacht, den Diebstahl selbst begangen zu haben. Als sich Kreische angeblich beim Reichspostministerium in Berlin wegen seiner Entlassung beschweren wollte, wohnte er in einem Hotel, dort übergab ihm ein Hotelgast ein Paket mit Kleidungsstücken und 100 Mark für Porto, beides unterschlug der unehrenliche Mensch. Als angeblicher Postbeamter hatte Kreische weiter auch in Dresden zu jener Zeit einen Brief und 2 M. für Porto in Empfang genommen, damit er dieses Schreiben mit Marken versehen der Post zur Beförderung übergebe. Auch hier verantwortete er beides. Wegen des Diebstahls in Riesa und der letztgenannten beiden Unterschlagungen in Berlin und Dresden erfolgte Einleitung des Verfahrens, dies ist auf die Strafböbe ohne Einfluss. Am 24. April war Angeklagter morgens kurz vor 2 Uhr im Dresdner Hauptbahnhof durch die Sperre gegangen, er besaß sich wie immer zu damaliger Zeit in seiner Postuniform. Ohne das es auffiel, lief er an den Gepäckwagen des Berliner Frühzuges und stahl dort einen Briefbeutel. Kreische war dann mit seiner Beute auf einen Abort gegangen, durchsuchte dort den Inhalt nach Wertfachen, wurde aber dabei beobachtet und festgenommen, sodas hier ein besonderer nennenswerter Schaden nicht entstanden ist. Postdirektor Lange äußerte sich in längeren Ausführungen über den Postbetriebsdienst, der Gerichtsamt machte Angaben über den körperlichen Befund des Angeklagten, der in vollem Umfange verantwortlich zu machen ist. Der Staatsanwalt forderte die Befragung der sämtlichen Schuldtragen, deren nicht weniger wie 16 zur Verlesung kamen, der Verteidiger trat für milde Umstände ein. Die Geschwornen be-

urteilten Äußerliche Fragen, verneinten in einem Falle die Beamteneligenheit und die mitbringenden Umstände, soweit es sich um schwere Unterschlagung im Amte handelte. Nach dem Wahrspruch der Geschwornen wurde Angeklagter demnach zu insgesamt zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

### Die Weltwirtschaft.

Zu den überraschendsten Ergebnissen der weltwirtschaftlichen Entwicklung seit Ausbruch des Weltkrieges gehört zweifellos das erstaunliche Anwachsen des Gesamtverbrauchs an Schiffraum. Was der weltliche Bedarf auch dadurch vorläufig überholt worden sein, das zahlreiche Schiffe in den Häfen stillliegen, so kommt doch gerade in diesem Wachstum eine starke Tendenz zur Befriedung der Weltwirtschaft von den zerstörenden Wirkungen des Krieges zum Ausdruck. Ohne eine starke Anpassungsfähigkeit der Weltproduktion an die durch den Krieg hervorgerufenen veränderten Bedürfnisse der Weltwirtschaft, würde vor allem Mittel- und Westeuropa den Wirkungen der Ausföhrung Ozeanraus aus dem Kreise der Getreideausföhrnden Länder ganz anders haben leiden müssen, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist, und nur die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Weltwirtschaft im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Anbauflächen in den überseeischen Kolonialländern berechtigt zu der Hoffnung, das die Völker Mittel- und Westeuropas die in ihrem Wirtschaftsleben durch den Zusammenbruch der vorerwähnten schweren und nachhaltigen Krise überleben werden.

15 Millionen Tonnen Schiffraum, die während des Krieges verloren gegangen waren, hatte die Weltwirtschaft zu ersetzen und gleichzeitig konnte die Gesamttonnage aller Handelsflotten seit 1914 von 42 514 000 auf 56 802 000 also um 14 288 000 Tonnen steigen. Den größten Anteil an diesem Wachstum hatte die Flotte der Vereinigten Staaten, die im Juni 1914 erst über 1 837 000 Tonnen leesehende Handelsflotte verfügte, im Juni 1922 dagegen über 2 506 000. Das bedeutet eine Zunahme um 1 669 000 Tonnen. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltschiffahrt hob sich dadurch von 4,3 im Jahre 1914 auf 22 Prozent im Jahre 1922. Die britische Handelsflotte verfügte im Juni 1922 über 19 658 000 Tonnen, nur 176 000 Tonnen mehr als im Juni 1914. Der britische Anteil an der Weltschiffahrt sank infolgedessen von 44,7 Prozent auf 33,8 Prozent. Die deutsche Handelsflotte ging zurück von 5 098 000 Tonnen im Juni 1914 auf 1 783 000 Tonnen im Juni 1922, also um 3 315 000 Tonnen, die englische Presse bespricht aber mit großer Hervorhebung die Tatsache, das die deutsche Handelsmarine teils durch Neubauten, teils durch Rücklauf von den Siegerstaaten weggenommenen Schiffen seit der Zeit vom Juni 1921 bis Juni 1922 wieder von 652 000 Tonnen auf 1 783 000 Tonnen anwachsen konnte, während keine der anderen Handelsflotten sich im gleichen Zeitraum in solchem Tempo vergrößerte. Der Tonnengehalt der japanischen Handelsflotte stieg seit 1914 von 1 642 000 auf 3 225 000 Tonnen, also um 1 583 000. Von der 6. Stelle im Range der Handelsflotten rückt Japan durch diese Steigerung an die dritte, während Norwegen, das vor dem Kriege die dritte Stelle innehatte, an die 7. rückte.

Bemerkenswert ist die Zunahme der für Seefahrt eingezeichneten Schiffe. 1914 gehörten dazu 24 Dampfer mit 1 310 000 Tonnen, jetzt 273 Dampfer mit 14 283 000 Tonnen.

Die Bedeutung der einzelnen Handelsflotten für den Weltverkehr darf freilich nicht allein nach dem Tonnengehalt beurteilt werden. Das Verhältnis zwischen den Aufkosten und der Verwendungsfähigkeit der Schiffe, der Wert der Bemannungen und der Föhungen, sowie viele andere Umstände kommen ebenso in Betracht. Zweifellos steht der innere Wert der amerikanischen Handelsflotte in gar keinem Verhältnis zu ihrem Umfange, ihren Kosten und Unkosten. Drei bis vier Milliarden haben die Vereinigten Staaten während des Krieges für den Bau von Handelschiffen aufgewandt und drei Viertel dieser Summe können als dauernder Verlust gelten und nur um den Preis hoher Subsidien kann die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen amerikanischen Handelsflotte gesichert werden. Eine viel gelundere Struktur weist dagegen die japanische Handelsflotte auf. Die japanischen Schiffahrtsgesellschaften konnten im Jahre 1918 30-40 Prozent der Betriebskosten eines neuen Schiffes herauszuschlagen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 3. August 1922.

**Weitere Presserommungen zur letzten Note Poincarés.**

— Berlin. Zur letzten Note Poincarés schreibt der "Vorwärts" u. a.: Deutschland hat nicht gesagt, das es am 15. August das Auslieferungsgesetz nicht begreifen wird, sondern nur an alle Beteiligten das Grundsätzliche gerichtet, die diesmalige Ratengahlung auf ein Viertel des Gesamtbetrages herabzusetzen. Erst wenn alle Beteiligten dieses Grundsätzliche ablehnen würden und Deutschland trotzdem nicht zahlen könnte, könnte lautlicherweise die Frage entstehen, was weiter zu geschehen habe. In diesem Sinne ist der 15. August der Verfalltag, nicht der 5. August. Frankreich kann zum 15. August die Bezahlung des ihm gebührenden Teiles verlangen, es kann aber nicht verlangen, das Deutschland am 5. August Poincaré verspricht, es werde den anderen Regierungen zahlen, selbst wenn diese auf Zahlung verzichten sollten. Das ist völliger Widerspruch. — In der "Freiheit" heißt es: Die Unmöglichkeit Deutschlands, sofort zu zahlen, und der französische Starrsinn, der hinter der Zahlungsummöglichkeit eine böswillige deutsche Weiche sucht, haben der Welt einen neuen Dolchstoß verlegt. Damit sind selbstverständlich die Aussichten Frankreichs, schnell Zahlung von Deutschland zu erhalten, nicht gebessert, sondern verschlechtert. Frankreich wird auf diese Weise selbst mit in den Abgrund gestoßen. Die Androhungen Frankreichs sind recht dunkel gehalten, aber gerade deshalb geeignet, die unheilvollsten Folgen zu zeitigen.

**Zum Austritt des Reichsverbandes der Postbeamten aus dem Beamtendbund.**

— Berlin. Vor einigen Tagen wurde die Nachricht verbreitet, das der Austritt des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten zum freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtendbund unmittelbar bevorstehen soll. Demgegenüber stellt der Leitungsdiener des deutschen Beamtendbundes fest, das der Reichsverband beschloß, aus der Reichspostgewerkschaft und dem Deutschen Beamtendbunde auszutreten. Dieser Beschluß bezog, die Geschlossenheit des Reichsverbandes dadurch zu erhalten, das er sich ausserhalb aller Spitzenorganisationen stellt. Von einem Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtendbund kann daher keine Rede sein.

**Frau Minna Cauer †.**

— Berlin. In der Nacht vom 2. zum 3. August starb die bekannte Führerin der Frauenbewegung und Politikerin Frau Minna Cauer.

**Die Festigung der Reichsregierung gegenüber Poincaré.**

— Berlin. Es wird von unterrichteter Seite bestätigt, das die Reichsregierung nach den ganzen bisherigen Verhandlungen von ihrer in der Note vom Montag eingenommenen Haltung nicht abgehen will. In Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, das die Maßnahmen, die Poincaré

im besetzten Gebiet plant, darin bestehen werden, das Frankreich die Staatseinnahmen des deutschen Reiches, also die Steuern, Böse und die Einnahmen der Post, Eisenbahn und des Telegraphen beschlagnahmen wird.

**Die Differenzen bei Borlig beilegt.**

— Berlin. Wie die Morgenblätter melden, sind in der Firma H. Borlig in Teuel die Differenzen zwischen den Werkern und Maschinen beilegt. Die offizielle Arbeitsaufnahme fand heute morgen statt. (Siehe unter: "Deutsches Reich".)

**Zrohender Streik der Angestellten in Frankfurt a. M.**

— Frankfurt am Main. In einer Versammlung der im Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Zentralverbande der Angestellten organisierten Gelehrten und Gelehrten im Oppodrom wurde das Ergebnis der in den Betrieben am Montag und Dienstag vorgenommenen Streikbewegung bekannt gegeben. Danach haben sich 90 Prozent für einen Streik erklärt. Nach Ansicht der Verhandlungsgegner ist die Minderbewegung der kaufmännischen Angestellten durch das Arbeitsvertragsgesetz zu einem Dauerstadium geworden. Außerdem wendeten sich die Gelehrten dagegen, das der von den Arbeitnehmern abgelebte Schiedsspruch eine neue Altersstufe über 30 Jahre einföhren will und sind übereinstimmend der Meinung, das man bei der fortschreitenden Teuerung mit dem gebotenen Zulagehalt nicht leben kann. Der deutchnationale Handlungsgelehrtenverband hatte die Parole ausgegeben, sich an einem Streik nicht zu beteiligen, was von der Versammlung mit Würzeln angenommen wurde. Am Mittwoch vormittag haben die obengenannten Verbände den Arbeitgeber noch ein Ultimatum gestellt, das Arbeitsvertragsgesetz hat es jedoch einstimmig abgelehnt, in Verhandlungen einzutreten. Die Versammlung beschloß den Streikbeginn für heute Donnerstag. An die Versammlung schloß sich ein Demonstrationszug durch die Stadt.

**Der Generalstreik in Italien.**

— Rom. Am Streik sind in Oberitalien immer noch ein Teil der Eisenbahn- und Straßenbahnarbeiter, sowie die Hafenarbeiter beteiligt. Der Dienst nimmt jedoch in verringertem Umfang seinen regelmäßigen Fortgang. In den Städten herrscht Ruhe. Zwischenfälle gab es nur in Livorno, wo ein Italiener verwundet wurde und darauf Polizeikräfte zwei des Attentats verdächtige Personen aus Mache ermordeten.

— Rom. Bei Ancona entgleiste ein Eisenbahnzug infolge absichtlicher Weichabladung der Gleise durch Streikende. Eine Person wurde getötet, zwei verwundet. Die Arbeiterschaft von Bologna beschloß, den Streik am Mittwoch zu beenden.

### Bermischtes.

**Nur 50 000 Anwerter im Kreise Weihenfeld.** In der Provinz Sachsen, namentlich im Kreise Weihenfeld, an der Bahnstrecke nach Laucha, hat ein fürchterliches Anwerter einen Schaden von ungefähren Millionen angerichtet. Die Getreidefelder sind durch Hagel so verunstaltet, das sie den Eindruck machen, als ob das Getreide an Ort und Stelle gedroschen worden ist. Die gesamte Oberrnte ist vernichtet, teilweise auch die Rüben- und Kartoffelernte. In weitem Umfange sind die elektrischen Licht- und Telegraphenleitungen zerstört.

**Fabrikbrand in Kottbus.** In der vorletzten Nacht ist in Kottbus das vierstöckige Fabrikgebäude der Firma Kottfa niedergebrannt. Das Maschinenhaus und die Villa des Fabrikanten konnten gerettet werden.

**Die Cholerafälle in Südbahien.** Aus Beograd wird gemeldet: Der Minister für Gesundheitswesen veröffentlicht einen Bericht über die Cholera in Südbahien, in dem angegeben wird, das in Südbahien Fälle von Cholera vorgekommen seien. Er erklärt, das sie durch Mikroben von Russland her eingeschleppt worden sei. In Debia seien gegenwärtig 3000 Personen an Cholera erkrankt. In Saloniki seien 20 Fälle von Cholera festgestellt worden. Auch in den Hoche von Cattaro seien 82 Personen an Cholera erkrankt. Tulse hätten die Krankheit aus Marseille eingeschleppt.

**Schmutzschandebestrafung in Berlin.** In der Wohnung der Schauspielerin Fanni Arnstädt in Berlin entwendeten während der Abwesenheit der Künstlerin Einbrecher Schmutzschand und Wertgegenstände, darunter mehrere antike Stücke, im Werte von etwa einer halben Million Mark.

**Ein Unabhängiger wegen Bestechlichkeit unter Anklage.** Der frühere Stadtrat in Berlin-Weihenfeld, Ernst Andre, Angehöriger der U. S. D., hatte sich wegen Bestechlichkeit, die er sich als Leiter des dortigen Wohnungsamtes hatte zuschulden kommen lassen, vor dem Landgericht zu verantworten. Nach einer mehrstündigen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 5000 Mark. Ueber diesen Antrag ging das Gericht weit hinaus und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

**Der Prinz aus Indien.** Aus Halle a. S. wird Weipziger Blättern gemeldet: Unter dem Namen Fred Tame, Bauberkünstler und Kellner, Filmkaufmann und sogar Prinz aus Indien, hat in Halle ein Schwindler namens August Barlas zwei Frauen, denen er sich mit Liebesanträgen näherte, um Hunderttausende von Mark und um löbliche Wertfachen geschädigt. Die eine der Betroffenen, der er vorgerebet hatte, er wollte sie als seine Frau mit nach Indien in seinen Palast nehmen, hat ihm eine Viertel Million Mark allein an barem Gelde gezahlt. Einmal Tages war der Prinz "verschunden und mit ihm seine Sekretärin aus Weipzig. Jetzt ist es der falschen Kriminalpolizei gelungen, ihn und seine Weipziger Freundin in Offen festzunehmen, und zwar gerade in dem Augenblick, als das Mädchen mit Trauzeugen vom Standesamt zur Wohnung zurückkehrte. In der Gefängniszelle geriet der junge Gemann aus Weipzig über die gezeigte Hochschätzung seinen Festzug in seine Felle. Man stellte ihm aber in einen Gefängniszug und brachte ihn mit seiner jungen Frau nach Halle.

**Eine sphaftige Gefangenengeschichte hat sich in Erföhrberg zugetragen.** Ein von der Polizei mit vieler Mühe aufgegriffener Fahrraddieb wurde föhlich in das Erföhrberger Polizeigefängnis eingeliefert. Um die gültige Freiheit wieder zu erlangen, band er der Justizverwaltung den Wären auf, er habe in der Umgebung von Erföhrberg viel Geld vergraben. Das Verlock sei er zu zeigen bereit. Der Justizdiener hat natürlich an dem Barvermögen eines Gefangenen nicht geringes Interesse und so wurde ein Gefängnisbeamter beauftragt, mit dem Däuling aus Land hinaus zu rabeln. In einer Gastwirtschaft wurden zwei Räder getreten. Der Gefängnisbeamte mußte tüchtig in die Redale treten, denn sein Schädling war ein wohlgeübter Räder. So ging es bis in die Nähe von Ramerswäldau. Dort stürzte der Beamte plötzlich vom Rade; aus welchem Grunde, weiß vielleicht am besten der "Gefangene". Von dem konnte man aber bisher nichts erfahren, weil er ruhig weiterredete und sich um seinen auf der Erde liegenden Begleiter nicht kümmerte und ihn seinem Schicksal überließ. Der Beamte ist noch an demselben Tage mit heller Haut nach Erföhrberg zurückgekehrt, der andere aber freute sich des Schnuppens, das er einer hohen Behörde geföhligte. Nur das ihm freundschaftlich zur Verfügung gestellte Rad hat man später gefunden, so das der Föhler vor dem Verleugern bewahrt geblieben ist und nur den Verlust eines pfiffigen Gefangenen zu beklagen hat.



# Dixin

das dankbare  
Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & CO., DUSSELDORF

## Zentral- Lichtspiel-Theater Gröba.

**Alfred Knisse**  
Klärchen Knisse geb. Kändler  
Vermählte  
Boberlen / 3. August 1922 / Riesa

**Friedrich Carl, Lehrer**  
**Margarete Carl geb. Muckert**  
Vermählte  
Riesa, 3. August 1922

### Vereinsnachrichten

**R. V. L.** Morgen Freitag außerordentliche Spielerversammlung. Abends 8 Uhr. **Botanischer Verein.** Morgen Freitag, 4. August, nachm. 4 Uhr Versammlung in Café Möbius. Mitteltungen und Verteilungen auf Wäsche und Schwere aus Vereinsbeständen. **Sombod. Verein.** Sonnabend 8 Uhr Schlachthof. **Gundelr., Tierisch. Co., 5. Aug. Ver. 8 U. Karpfisch.** **Gesellschaft. Adelitas.** Freitag 9 Uhr Vorstandssitzung.

## Stadtpark Riesa

Freitag, d. 4. August  
abends 8 Uhr

### Extrakonzert

Leitung: E. Dunsch.  
Es ladet ergebenst ein **Otto Weser.**

**ADERVERKALKUNG** Herzbefwerden, Schwindselanfälle. Verl. Sie gratis Broschüre über San. Rat Dr. Welle's giftige Hausuren. **Dr. Gebhard & Cie.,** Berlin W. 35, Potsdamer Straße 104a.



## Birkol

Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
beseitigt  
schnell, sicher  
u. schmerzlos  
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich  
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen. Kultur-Fußbad  
Central-Drogerie Oskar Förster.

Ein Praktikant sucht ab 15. August **möbl. Zimmer.** Offerten unter L W 9226 an das Tageblatt Riesa.

**Einige möblierte Zimmer** möglichst sofort gesucht. **Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft** Abteilung Stahl- und Walzwerk Riesa.

**Fräulein** für meinen Haushalt, muß selbstständig arbeiten können. Eintritt, wenn möglich, sofort od. später. Gutes Essen, gute Behandlung u. hoher Lohn zugesichert; keine Kinder. **Schönheits-Anstalt Frau Margarete Arnold,** Liebenwerda, Rohmarkt 17. Fernsprecher 151. **Kinderliebes, ebrl., saub. Mädchen** nicht unter 18 Jahren, in bürgerlichen Haushalt für sofort nach Leipzig gesucht. **Sp. ebrl., im Tagebl. Riesa.**

Ein im Nähen geübtes **Fräulein** findet sof. Beschäftigung bei **Otto Pennig,** Wettinerstr. 13.

**Junges, solides Mädchen** in Dauerstellung für kinderlos. herrschaftl. Haushalt n. Berlin gesucht. Angenehme Stelle, hoher Lohn, Reiservergütung, jährl. Urlaub, Vorzugstell. b. Frau M. K r e u z e r, Febr. Aug. Str. 3, p.

**Stütze!** für meinen Haushalt, muß selbstständig arbeiten können. Eintritt, wenn möglich, sofort od. später. Gutes Essen, gute Behandlung u. hoher Lohn zugesichert; keine Kinder. **Schönheits-Anstalt Frau Margarete Arnold,** Liebenwerda, Rohmarkt 17. Fernsprecher 151. **Kinderliebes, ebrl., saub. Mädchen** nicht unter 18 Jahren, in bürgerlichen Haushalt für sofort nach Leipzig gesucht. **Sp. ebrl., im Tagebl. Riesa.**

Deute unwiderstlich leichter Tag: Lee Barry: „Der Roman ein. a. Sünberin“. **Ellen Kleber** **Ab Freitag bis Montag der Großfilm der Ufa** **Ellen Kleber** — Das größte Ereignis der diesjährigen Saison —

## Die Abenteuerin von Monte Carlo I. Teil

Dieses dreiteilige Filmwerk ist nur gleichwertig mit den bisher erfolgreichen Werken: „Derriin der Welt“, „Mann ohne Namen“ u. „Das indische Grabmal“. Die Aufnahmen wurden auf einer Expedition gemacht, die über Basel, St. Gotthard, Mailand, Genua, Rapallo, Nervi, Monte Carlo, Nizza, Bordone, Marseille, Barcelona, Algeiras, Ceuta, Tetuan, El Arakch, Alarcid Rebr, Gibraltar, Sevilla, Madrid, San Sebastian, Lones nach Paris führte. Man beachte bitte die **Melaine Wettinerstr., Cafe Karolahr.** Vorführungen werktg. 7 u. 9. Einlaß 7/7. Sonntag ab 4 Uhr. Um gütig. Zutritt bittet die Besitzerin **Anna Zsch.**

## Möbel-Ausstellung

Speise-Herren-Wohn- und Schlafzimmer sowie Einzelmöbel



### Max Trips

Inhaber Albin Wauer  
Dresden-N. Königbrücker Str. 56. Telefon 22691

in einfach ausgeführten bis zu den elegantesten Ausführungen ganz besonders preiswert zu reichster Auswahl, empfiehlt

Die

## Tageblatt-Druckerei

Riesa, Goethestraße 59

fertigt schnellstens alle Arten  
**Drucksachen für Geschäfts- und Privatbedarf.**

Reichhaltiges Papierlager. Eigene Buchbinderel.

BACKIN
PUDDING-PULVER
MILCH-EIWEISS-PULVER
VANILIN-ZUCKER
GUSTIN

## Dr. Oetker's

Fabrikate

sind Glanzleistungen küchenchemischer Er-rungenschaften u. werden von erfahrenen Haus-frauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

- Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
- Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
- Dr. Oetker's Pudding-Pulver
- Dr. Oetker's „Gustin“
- Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
- Dr. Oetker's Rote Grütze
- Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

u. s. w.

**Dr. A. Oetker**  
Bielefeld.

**Junges Mädchen sucht Konditorei Möbius.** Gesucht f. 1. September ein fröhlich gekanntes, fleißiges Stubenmädchen, das gut plätten u. servieren kann. Bei persönl. Vorstellung wird Gehalt vergütet. Ang. n. Zeugnisabschriften erbeten an Frau Köpp, Wittat. Str. 1 bei Stauch.

**Fleißiges, kinderliebes Hausmädchen** sucht f. 15. August Frau Martha Blumenthal, Wettinerstraße 35.

**Hausmädchen** 14-15 jähr., bei gutem Lohn sof. od. spät. gesucht. **Walther, Fahrradfabr.,** Streib. Hauptstraße.

**Zuverl. Geschirrführer** wird für sofort gesucht. **W. Gumlich.**

**2 gute Ziegen** verk. Riesa, Hundst. 2.

**Junge Legebühner** verk. **Solmann, Vorkstr.**

**Schäferhündin** und 3 Junge zu verk. **Gauppstraße 19, u. L.**

### Kammerlichtspiele

Hauptstraße

Nur noch heute  
das große Doppelprogramm!

Ab morgen Freitag  
**Erika Gäßner**  
der Liebling des Publikums  
in ihrem großen Lustspiel:  
**„Die preisgekrönte Spielratte“.**

Ferner:  
**Weltstadtbanditen**  
gemaltiger Abenteuerfilm in 8 Akten.  
**Die Künstlerkapelle!**  
Anfang 7 1/2 Uhr, Kassenluß 9 Uhr.  
Sonntags ab 2 Uhr:  
**Jugendvorstellung.**  
Ab Montag:  
**Dr. Mabuse, der Spieler.**  
10 gewaltige Akte!  
1. Teil: Der große Spieler.  
Schauspieler: Ca. 40 Künstler von Ruf, wie Bernhard Göbe, Rudolf Klein-Rogge, Hub. Gade-Rissen, Gertrud Welter, Alfred Abel usw. Auch die kleinste Rolle ist einem Künstler von Ruf übertragen worden. **Bräutigame Ausstattung!**  
**Ein Spiel von Menschen unfer Zeit!** Beachten Sie weitere Anzeigen über diesen außergewöhnlichen Nies-Großfilm. Um recht regen Besuch bittet der Besitzer **R. Marek.**

**Birnen, Apfel Pflaumen** verkauft **Friedr. Koch.**

**Obsthütte Rittergut Glaubitz.**

**Obstverkauf täglich** von nachm. 5 Uhr ab. **Germann Alois.**

## Falläpfel

kauft jeden Posten und holt selbst ab **Weinkelerei Lichtensee** Fernspr. Amt Gröbzig 22. **Große Eiselartoffeln** (10 Pfund 40 Pf.) empfiehlt **Fr. Koch.**

**Schweins-Töpfe** in bekannter Güte, **Margarine** Schweineschmalz **Büchsenmilch** gesüßert und ungesüßert, **neue Kartoffeln** empfiehlt zum billigsten Tagespreis **Paul Pfeifer** Wettinerstr. 26. Tel. 147. **Morgen früh friische Seefische.** **Clemens Bürger.**

**Hennicke's Radikal-Banzenol** bewährtes Mittel gegen Wanzen und deren Brut empfiehlt **Med. Drogerie A. B. Hennicke.** **Ausgekämmtes Frauen-Haar** Rilo 100 M., kauft stets **Krause, Feilerstr.** **Holzwohle verk.** **Schillerstraße 8, v. L.** **1 Wagen, 3 m lg., 1,80 m br., 1,80 m hoch, auf Federn, als transportable Bauhülle oder Hüfenwagen in gutem Zustande zu verkaufen. E. Kleiner, Dahlenstr. 377.** **Gerren-Fahrad, geb., zu verkaufen.** In erfragen im Tageblatt Riesa. **Eine gebr. guterkaltene Bettstelle mit Matrasse preiswert abzugeben.** In erf. im Tagebl. Riesa.

**Einlegegurken** empfiehlt **Gürtnerer Stork.**

**Aprikosen** Staudensalat, empfiehlt **Gürtnerer S. Kirßen.**

**Mischung Moccasan**  
25% Bohnenkaffee  
75% feinsten Kaffee-Gesah  
verbürgt Reinheit und  
guten Kaffeegeschmack.  
1/2 Pfund M. 50,00  
1/4 Pfund M. 25,00  
**Nieser Kaffee-Röstwerk**  
**Adolf Bormann**  
Wettinerstr. 25. Tel. 444.

**W** Sonntag  
Abf. 7 Uhr.

**Gasthof Wüllnig.**  
Sonntag, 8. Aug., 8 Pfent.  
**Damentränzen**  
Anfang 5 Uhr. Tanz-  
lustige Herren werden  
berzlich eingeladen.  
Die Damen von  
Wüllnig u. Umg.  
Friedr. Gärt.

**Gasthof Gröba.**  
Weiskner  
**Marionetten-Theater.**  
Dir.: Fam. V. Wünsch.  
Freitag abend 8 Uhr  
**Sherlot Holms gegen**  
**Dr. Moors**  
oder: **Rasber und Anoy,**  
die Meisterdetektive.  
Hierauf: **Gallett.**  
Sonabend 4 und 8 Uhr  
Vorstellung.  
Sonntag keine Vorstellung  
Nächste Woche:  
lechte Woche!

Die heutige Pr. umfasst  
8 Seiten.

### Die internationalen Schulden.

Nun bevor Poincaré sich zur Abreise nach London aufmacht, hat England an seine Schuldner in Europa eine Note mit einer Zahlungsanforderung gerichtet, die Valfour ausgearbeitet und die die Billigung des Gesamtkabinetts gefunden hat. Es ist die erste Mahnung Englands an seine Schuldner und es ist bemerkenswert, daß sie gerade in diesem Augenblick erfolgt, in dem man wieder von neuem an einen Lösungsversuch des Reparationsproblems herangeht. England rechtfertigt sein Ersuchen mit dem amerikanischen, seinerseits die rückständigen Zinsen zu zahlen und die Schuld zu fundieren. Gemüßigt entschuldigend erklärt die Note Valfours, daß es das englische Bestreben gewesen sei, die Anleihen der Alliierten und die deutsche Reparationsschuld zu annullieren, aber diese Politik kann von Großbritannien nicht selbständig getrieben werden, sondern sie müßte einen Teil einer gleichgerichteten internationalen Regelung bilden. Mit dem Argument, es sei nicht gerecht, daß ein Teilhaber einer gemeinsamen Unternehmung alles erhalten sollte, was er ausgelehnt habe, ein anderer Teilhaber nichts, verlangt England, ihm während eines Monats eine Erklärung darüber abzugeben, wie die Schuldner sich die Zinszahlung und Amortisation denken. England ist bereit, nicht mehr von seinen Schuldnern einzufordern, als es selbst an Amerika zu zahlen hat.

Zur Reparationsfrage enthält die Note Valfours die sehr bemerkenswerte Erklärung, daß England bereit sein würde, auf jedes Anrecht auf deutsche Reparationen zu verzichten, wenn auch dieser Verzicht einen Teil des allgemeinen Planes bilden würde. Dieser englische Standpunkt ist nicht neu, aber seine Entwicklung gerade in dem Augenblick, ehe die Vorforderung mit Poincaré die Reparationen von neuem verhandeln soll, enthält einen deutlichen Wink an Frankreich, dem englischen Programm bei seinen Reparationsplänen Rechnung zu tragen. Die Herabsetzung der deutschen Schuld ist die Frage, die in London gelöst werden muß, wenn nicht die allgemeine Weltkrise in die schwerste Erschütterung hineingetrieben werden soll, deren Ausmaß man sich heute noch nicht ausmalen kann. Gerade die gegenwärtige Entwurfsperiode der Welt, die Schleunigkeit des Sturzes treiben zur Eile und es ist bemerkenswert, daß man bereits von dem Zulammentritt des Bankierausschusses in allerhöchster Zeit spricht. Voraussetzung dafür ist eine befriedigende Regelung der Reparationsfrage in London, sehr viel befriedigender, als inwieweit die Stimmung namentlich auch in Amerika einem Entgegenkommen bezüglich der internationalen Verschuldung günstig ist. Die alliierten Regierungen sollen nach einer Information der „Chicago Tribune“ einen Appell an Amerika in Erwägung ziehen. Daß Amerika letzten Endes auch auf seine Forderungen verzichten oder sie doch wenigstens in erheblichem Umfang herabmindern wird, ist zu erwarten, steht aber vorläufig noch nicht zur Debatte, da Amerika auf diese einzigartige Möglichkeit, bestimmend in die Weltpolitik einzugreifen, nicht verzichten will. Vorläufig wenigstens muß ohne amerikanische Mitwirkung der Weg beschritten werden, dem sich Amerika dann anschließen kann.

Durch den Standpunkt seiner Alliierten beeinflusst, hat Poincaré in seiner zweiten Note an die deutsche Regierung bezüglich der Ausgleichszahlungen seine Drohungen, wenn auch nicht formal, so doch tatsächlich eingeschränkt, indem er nur bis zu einer interalliierten Vereinbarung die Fortzahlung der Beträge aus dem Ausgleichsverfahren verlangt. Die einzige Schwermöglichkeit bildet nur noch der Punkt, daß die deutsche Regierung bis zum 5. August ihren Zahlungsplan vorlegen soll, wenn nicht französische Sanktionen in Kraft treten sollen. Die nächste Zahlung wäre ohnehin nicht vor dem 15. August zu leisten und bis dahin, darf man wohl hoffen, werden sich die Alliierten verständigt haben. Die Probleme, die bei Poincarés Anwesenheit in London zu lösen sind, sind infolgedessen außerordentlich zahlreich. Der Druck der Note Valfours dürfte auch von der französischen Regierung richtig verstanden werden. Zweifelhaft ist nur, ob man bei der ungeheuren Fülle des Stoffs wirklich schon während der Londoner Konferenz zu einer Einigung kommt, die um so dringender notwendig ist, als die rasende Entwicklung der deutschen Finanzkatastrophe die größte Beschleunigung nötig macht.

#### Englische Stimmen zur Valfour-Note.

Die „Morning Post“ findet die Note Valfours bedauerlich. Man hätte den Amerikanern die bedingungslose Bereitwilligkeit Englands zur Bezahlung der Schuld erklären und den Alliierten, wenn nicht vollen Erfolg, so doch eine großzügige Stimmung gewähren müssen. Statt dessen gebe die Note zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten an dem gegenwärtig chaotischen Zustande der europäischen Finanzen schuld sei. Die Amerikaner würden dann den Versuch Großbritanniens sehen, sich der Verpflichtungen zu entziehen. Die Note werde Amerika ärgern und Frankreich zur Verzweiflung bringen.

„Times“ sagt, nicht ohne Besorgnis könne man auf das Echo warten, das die Note in Amerika finden werde, und bedauert, daß in der Note davon gesprochen werde, Großbritannien wolle auf seine Ansprüche auf deutsche Reparationen verzichten.

Der diplomatische Korrespondent des „Star“ schreibt, in diplomatischen englischen Kreisen werde heute geflüstert, daß die Valfournote wieder eine verschleierte Aufforderung an die amerikanische Regierung sei, die britischen Schulden zu annullieren, noch eine Drohung an die Adresse der Alliierten, daß sie ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen müßten. Im Gegenteil habe die Note den Zweck, darauf hinzuweisen, daß die Regierung die Schuld an Amerika als eine Ehrenschuld ansehe, die abgezahlt werden müsse. Der Korrespondent führt weiter aus, jeder Vorschlag, der von alliierter Seite betreffend die Bezahlung der Schulden gemacht werden würde, werde auf der bevorstehenden Konferenz eingehend erörtert werden. Die englische Regierung sei bereit, die französischen Schulden zu annullieren, vorausgesetzt, daß ein gleicher Schritt bezüglich der Reparationssumme erfolge. Valfour habe beim Entwurf seiner Note besonderen Wert darauf gelegt, dem Eindruck zu vermeiden, als ob Großbritannien die Bezahlung seiner Schuld an Amerika umgehen wolle. Auf der anderen Seite hätten die Alliierten bisher noch nicht zu erkennen gegeben, daß sie Großbritannien gegenüber in gleicher Weise zu handeln beabsichtigten. — Weiter meldet der „Star“, in englischen Finanzkreisen und in der Geschäftswelt sei die Note Valfours sehr günstig aufgenommen worden.

#### Die französische Auffassung.

Die Note der englischen Regierung über die Kriegsschulden der Alliierten veranlaßt das „Echo de Paris“ zu der Behauptung, hierdurch seien der Plan von Clemenceau sowie alle Pläne Blarck und Dornes einschließlich aller vergeblichen Konstruktionen des Bankierausschusses erledigt. Diese Unternehmungen seien sämtlich von der Annullierung der interalliierten Schulden ausgegangen. Das Blatt ist der Ansicht, daß hierdurch eine Welle verschoben wurde, die nur zu lange die wahre Lage verdeckt habe. Frankreich bleibe jetzt nur übrig, gegenüber Deutschland eine feste Politik der direkten Aktion zu betreiben.

## Ruhige Entschlossenheit notwendig.

### Vorforderungen über die Antwort auf die letzte Note Poincarés.

Die „V. S. M.“ schreibt: Die Reichsregierung hat, bevor sie zur letzten Antwort Poincarés auf die deutsche Note Stellung nehmen kann, zunächst die beteiligten Ressorts, insbesondere das Finanzministerium zur Prüfung der durch die Drohungen und Forderungen Frankreichs geschaffenen neuen Lage aufgefordert. — Wie die T. L. mitteilt, wird die Lage in Regierungskreisen als sehr ernst angesehen, wenn auch nicht zu verkommen ist, daß gewisse Wendungen der Note als Einleitung eines Rückzugs Poincarés betrachtet werden können. Diese Entscheidung über die Antwort an Poincaré soll bereits heute zu erwarten sein.

Äußerlich wird aus Berlin gemeldet: In der Reichskanzlei fand gestern eine Vorforderung des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Unabhängigen über die politische Lage statt. In der Aussprache stimmten die Fraktionsführer mit der Regierung darin völlig überein, daß die gegenwärtige innere und auswärtige Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordere.

#### Vorforderungen zur Antwort Poincarés.

Zu der Antwort Poincarés weisen die Berliner Abendblätter auf ihre Wirkung an der gestrigen Berliner Börse hin, an der die Markt derartig fiel, daß weniger denn je an die Möglichkeit zu denken ist, die französischen Forderungen zu erfüllen. Die „V. S. M.“ betont die Unflexibilität der juristischen Darlegung Poincarés, dessen Festigkeit und Haf darauf hindere, daß es ihm nicht um die Sache, sondern um einen Vorwand zu tun sei. Der „Vorwärts“ bezeichnet das Auftreten Frankreichs als maß- und sinnlos und erklärt, ein Vorgehen Frankreichs mit Zwangsmaßnahmen auf eigene Faust würde einen Vertragsbruch bedeuten, den es nicht nur Deutschland, sondern auch seinen Verbündeten gegenüber begehen würde. Die „Germania“ sagt: Wenn Poincaré mit seinen Gewaltmaßnahmen nicht die politische Lage stets beunruhigt hätte, so würde die Gesundung der Kriegswunden sicher mehr Fortschritte gemacht haben als Deutschlands Ruhen, vor allem aber auch der alliierten Länder selbst, wo tausende von Händen wegen Arbeitsmangel ruhen.

#### Der Devisenankauf für die Reparationszahlungen eingeklärt.

Der „Tag“ will erfahren haben, daß die Reichsregierung in Anbetracht des katastrophalen Marksturzes sich veranlaßt gesehen hat, den Devisenankauf für die Reparationsleistungen einzustellen. Für die Reparationsleistungen soll im Augenblick nur eine geringe Devisenmenge zur Verfügung stehen.

#### Die Zwangsmaßnahmen Poincarés.

Nach dem „Antragsgeant“ soll Poincaré bei den in seiner Note über die Frage der Ausgleichszahlungen angebotenen Zwangsmaßnahmen an die Beschlagnahme des Besitzes einiger Großindustriellen im besetzten Rheinland oder auch an die Beschlagnahme des Besitzes deutscher Staatsangehörigen gedacht haben, die gegenwärtig in Elsas-Lothringen wohnen. Hierzu könnten polizeiliche Beschlagnahmemaßnahmen im Ruhrgebiet kommen.

### Die bayerische Antwort fertiggestellt.

Aus München wird gemeldet: Der bayerische Ministerpräsident hat in enger Fühlungnahme mit den Regierungsparteien gestern abend die endgültige Antwort, die Graf Wertheim im Namen der bayerischen Staatsregierung auf den Brief des Reichspräsidenten Ebert zu geben gedenkt, fertiggestellt.

#### Die Aufnahme der Valfour-Note in Amerika.

Wie aus Washington gemeldet wird, sagte der Führer der Demokraten Senator Hitchcock bezüglich der Valfour-Note, es würde lange dauern, bevor der Kongreß sich entschließen würde, Englands Schulden an die Vereinigten Staaten zu streichen. Wenn eine solche Maßnahme jemals angenommen werden sollte, würde dies nur der Fall sein, wenn die Vereinigten Staaten zu der Überzeugung kämen, daß die Lage nur durch eine derartige Aktion gerettet werden könnte. Staatssekretär Hughes lehnte es ab, sich über die Valfour-Note zu äußern, bevor der amtliche Text vorliege.

Eine Erklärungsabteilung aus Washington befragt, die Hände des Präsidenten Harding seien gebunden, da eine Annullierung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten eines neuen Gesetzes bedürfen würde. Eine solche Tat würde aus politischen Gesichtspunkten hinauslaufen. Senator Mac Cumber, der Vorsitzende des Finanzausschusses, sagte: Großbritannien ist im Gegensatz zu seinen Schuldneren vollständig zahlungsunfähig. Wir werden niemals die Schulden annullieren. Eine solche Maßnahme würde nie vom Senat angenommen und niemals vom amerikanischen Volke gebilligt werden. Senator Watson, ein Mitglied des Finanzausschusses, erklärte: Kein Vorschlag, unsere Ansprüche gegenüber England zu annullieren, würde vom Finanzausschuß des Senats in den nächsten hundert Jahren angenommen werden. Das amerikanische Volk würde in seiner überwältigenden Mehrheit gegen einen solchen Vorschlag sein.

#### Die Londoner Konferenz.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Chronicle“ erzählt, Poincaré sei nicht ganz einverstanden damit, daß der Umfang der am Montag beginnenden Erörterungen beschränkt sein solle. Wenn Deutschland ein Moratorium bewilligt werden solle, müsse nach Frankreichs Auffassung seine Tragweite und Natur in der nächsten Woche in London festgelegt werden. Wegen der Frage von Tanger und der Orientfrage sei Poincaré nicht abgeneigt, die Erörterung bis September aufzuschieben, wenn dafür eine endgültige Entscheidung über die Reparationsfrage getroffen werde.

Weiter erzählt, die italienische Regierung habe gestern offiziell mitgeteilt, daß der italienische Außenminister Ciano am Montag in London eintreffen werde, um an der Konferenz teilzunehmen.

#### Eine neue Bankierkonferenz.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, vermutlich werde der Bankierausschuß eingeladen werden, innerhalb der nächsten Woche zusammenzukommen, um die Bedingungen für eine deutsche Wiederaufbau- und Reparationsanleihe erneut zu erwägen.

fertiggestellt. Der Brief sollte noch Mittwoch abend von München nach Berlin abgehen und wohl im Laufe des heutigen Tages vom bayerischen Gesandten Dr. von Weiger dem Reichspräsidenten überreicht werden.

Wie die „V. S. M.“ aus München erzählt, hat der Vorsitzende der Bayerischen Mittelpartei, Gilpert, nachdem die vom Kabinett vorgeschlagene Fassung der Antwort an den Reichspräsidenten bereits genehmigt war, festgestellt, daß der Schlußsatz, in welchem in verständlichem Sinne darauf hingewiesen wird, daß die bayerische Verordnung die materiellen Bestimmungen zum Schutze der Republik in Bayern zur Durchführung bringt, zu Bedenken Anlaß gebe. In späteren Verhandlungen wandte er sich mit dieser Vorstellung an den Ministerpräsidenten.

Der „Bayerische Kurier“ schreibt: Die Staatsregierung weiß die Mehrheit des Landtages und die überwältigende Mehrheit des bayerischen Volkes hinter sich, wenn sie mit Entschlossenheit und Festigkeit eine Lösung des Streitfalles anstrebt, durch die besser, als es bisher geschah, das Rechtsgebiet des Reiches und die Rechtsgebiete der Länder von einander abgegrenzt werden. Es kann sich nicht um irgend einen Kompromiß mit der Reichsregierung handeln, sondern nur um eine notwendige Klärung des deutschen Verfassungslebens.

#### Dr. Heim nennt die Berliner Politik eine Politik des „Abstechens“.

Die „Münchener Zeitung“ berichtet: Der Abgeordnete Dr. Heim hat sich auf einer großen Bauernversammlung in Türkenfeld mit dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich beschäftigt, und dabei u. a. ausgesprochen: Heute kann ein Bayer, wenn er in Bayern ein freies Wort sagt, nach Berlin zur Verurteilung kommen und in München eingesperrt werden. Hat es diesen Streit gebracht? Muß denn alles nach dem Lineal regiert werden? Die Vertreter des Reiches sind nicht wie Bayern, sondern jene Leute, in denen ein Geist lebt, von dem unter Volk nichts befreit. Ein Schwein läßt sich abstechen, aber wir in Bayern wollen uns nicht abstechen lassen. Eine Politik, die darauf hinausläuft, uns in Bayern das Leben unmöglich zu machen, eine solche Politik will ich nicht abstechen. Da kann uns auch kein Mehrheitsbescheid abbrechen. Wir haben nachgegeben in der Einwohnerwehrfrage. Warum? Aus Patriotismus, um Schließen nicht zu gefährden. Aber jedes Nachgeben hat seine Grenzen. So kann mir keine bayerische Regierung denken, die nicht weiß, daß es um den letzten Rest der bayerischen Selbständigkeit geht, daß hinter uns, wenn wir wieder nachgeben, der Volkswutismus droht. Wir wollen diesen Kampf nicht, aber ein Volk, das seine Heimat nicht liebt, ist keine Heimat nicht wert. Wir Bayern waren auch immer recht demokratisch im alten Sinne des Wortes. Wir haben schon vor der Revolution das freieste Wahlrecht gehabt. Darum wollen wir auch jetzt in diesem Kampfe um den letzten Rest unserer bayerischen Selbständigkeit zusammenstehen und wollen sein ein einzig Volk von Brüdern. Die Ausführungen Dr. Heims wurden mit langandauerndem stürmischen Beifall quittiert.

#### Die Erweiterung der Koalition in Bayern.

Die Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition in Bayern durch Herannahen der Mittelpartei haben gestern inwieweit eine Klärung erfahren, als der Bayerische Bauernbund entgegen einem vorgestrigen Beschluß sich getrennt damit einverstanden erklärt hat, daß auch die Mittelpartei noch vor Landtagsauflösung in die Regierung eintritt. Die Verhandlungen mit der Mittelpartei schweben zurzeit noch. Sie dürfte das Handelsministerium übernehmen. Die endgültige Zustimmung der Bayerischen Mittelpartei steht noch aus.

#### Kommunistische Zeitungen verboten.

Der bayerische Regierungskommissar hat das Erscheinen des Münchner kommunistischen Organs „Neue Zeitung“ und des Augsburger kommunistischen Organs „Die bayerische Arbeiterzeitung“ auf 5 Tage wegen Veröffentlichung eines Aufrufes des Bezirksrates der kommunistischen Partei Nordbayerns verboten.

### Das griechische Vorhaben gegen Konstantinopel.

Trotz des energischen Eingreifens der Alliierten ist die Aufregung in Konstantinopel sehr groß. Die Bevölkerung der europäischen Rüste verfuhrte auf das asiatische Ufer hinüber zu gelangen, sobald die interalliierte Polizei die Verbindung zwischen den beiden Rüssen unterlagen müßte. Nachrichten aus Istanbul zufolge kommt es täglich zu Scharmühen zwischen der türkischen Gendarmerie und griechischen Vorposten. — Aus der Gegend von Kurialu wird ein Grenz Zwischenfall gemeldet. Eine Abteilung griechischer Kavallerie überschritt die Grenzlinie und geriet mit türkischer Gendarmerie in ein Feuergefecht. Unter Zurücklassung von drei Toten und einem Verwundeten zogen sich die Griechen über die Grenze zurück. Weiter drangen zwei griechische Kavallerie- und Infanteriepatrouillen in die neutrale Zone ein, wo sie sich in einem Bannraum 500 Meter von der Grenzlinie entfernt festsetzten. Die Zusammenziehung der griechischen Truppen in Osttrazien dauert an. Es werden militärische Vorbereitungen zu Lande und zu Wasser getroffen, um jedem Vordringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten. — Die obige Note wird heute den alliierten Kommissaren eine Protestnote gegen die Proklamierung der Autonomie von Smyrna übergeben.

### Polens Wahlgesetz zur Entretung der Minderheiten.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Vor einigen Wochen wurde anlässlich einer Interpellation im deutschen Reichstage von Regierungseite erklärt, wenn das neue Wahlgesetz in Polen, so wie es projektiert sei, angenommen würde, so bedeute es eine Beschränkung der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten, widerspreche also dem Oberschlesien-Abkommen, und es würden daher deutschseits Schritte dagegen unternommen werden. In Polen lebte man schon damals den Gedanken einer solchen Einschränkung in „innerpolitische“ Angelegenheiten sehr energisch ab.

Inzwischen ist das polnische Wahlgesetz angenommen und zwar nicht nur in der damals projektierten Form, sondern in einer für die nationalen Minderheiten noch erheblich schlechteren. Versteht es im damaligen Entwurf gegen den Grundgedanken der Gleichberechtigung, so ist es in seiner endgültigen Gestalt eine Entretung der Minderheiten. Nichts desto trotz wird zu einem deutschen Einspruch kaum eine Handhabe sein; denn selbstverständlich ist das Gesetz so gehalten, daß es formell die Minderheiten als vollkommen gleichberechtigt behandelt und sie überhaupt nicht besonders erwähnt. Es wirkt lediglich in seinen praktischen Folgen automatisch gegen die Minderheiten; und hierin am wenigsten gegen die Deutschen im polnischen Oberschlesien — die ein-

lagen, auf die sich ein deutscher Einmarsch realisieren könnte. Das Wahlrecht des Reiches ist vornehmlich die Rechte der meisten kompakt gelagerten Minderheiten — derjenigen Minderheiten (Deutsche, Polen, Litauer, Russen, Weißrussen, Ruthenen), die dem Schutze des Völkerbundes unterstellt sind, der hier wie überall versagt.

Würden in Polen — wie es theoretisch ist — die verfassungsgemäßen allgemeinen Wahlen abgehalten und direkten Proporzwahlverfahren stattgefunden — so würden diese reichlich sieben Millionen der eben genannten Minderheiten fast ein Drittel der Abgeordnetenplätze zu erhalten haben, da sie ein Drittel der Bevölkerung darstellen. In praxi werden die Minderheiten ungleichmäßig der Plätze des nächsten Parlaments einnehmen — immerhin ein Fortschritt gegen heute, wo sie ganze 17 Sitze unter 430 haben.

Der unausgesprochene Gedanke des polnischen Wahlgesetzes — Beschränkung der Mandate der Minderheiten und daneben Vorzug des Sozialisten — ist, von allen Kleinigkeiten abgesehen, im wesentlichen durch zwei Bestimmungen praktisch erreicht worden: durch die Wahlgeographie und die Reichslisten.

Man hat nicht nur in gemischten Gebieten korrekter die Wahlbezirkegrenzen so gezogen, daß immer eine genügende Zahl politischer Kräfte mit hineinbezogen ist — sondern man hat vor allem die Wahlbezirke ganz verschiedlich groß angelegt. Dadurch ergibt sich für die Praxis, daß in den reinpolnischen Bezirken schon auf etwa 55 000 Stimmen ein Mandat entfällt, in den nationalgemischten aber auf 85 bis 70 000 und endlich in den überwiegend nichtpolnischen auf 85 bis 90 000. So schwächt sich natürlich die Zahl der Minderheitenvertreter ganz erheblich.

Bei den Reichslisten verfährt man dann noch rigoros; da die geographischen Verhältnisse so liegen, daß die Minderheiten mehr zerstreut, die Polen mehr kompakte Massen sind, so ist anzunehmen, daß die Minderheiten sehr viel mehr Ueberrückstimmungen auf die Reichslisten bringen werden als die polnischen Parteien. Infolgedessen werden die Mandate der Reichslisten nicht nach den Stimmensahlen errechnet, sondern nach der Zahl der von den einzelnen Parteien in den Bezirkswahlbezirken erhaltenen Mandate. Unabhängig also von der wirklichen Wählerzahl erhalten die Parteien Gratifikationsmandate aus den Reichslisten, die ohnehin am meisten Mandate errungen haben. Was das bedeutet, mag abschließend ein Beispiel erläutern: es habe eine Minderheitspartei A in den Bezirken zehn Mandate errungen und für die Reichsliste noch hunderttausend Stimmen übrig. Und es habe eine polnische Partei B vierzig Mandate errungen, aber nur noch sechstaushundert Stimmen für die Reichsliste. Nehmen wir an, es seien zwischen beiden Parteien fünf Reichslistenmandate zu verteilen; gerecht, d. h. nach der Stimmenzahl berechnet, würde dann A für hunderttausend Stimmen diese fünf Mandate zu seinen zehn erhalten. Jedoch so berechnet, wie es das polnische Wahlgesetz ausgelegt hat, erhält B für sechstaushundert Stimmen noch vier Mandate, dagegen A trotz hunderttausend Stimmen nur eins.

#### Eine Erklärung des neuen polnischen Ministerpräsidenten.

„Rads Kurjer“ zufolge wurde der polnische Ministerpräsident Nowak jüdischen Vertretern gegenüber die Versicherung aus, daß jeder Bürger Polens ohne Rücksicht auf Konfession und Nationalität sich im Staat zu Hause fühlen könne. Das gleiche Blatt gibt eine Interpretation des jüdischen Sejm-Rats wegen noch bestehender rechtswidriger Beschränkungen der Rechte jüdischer Bürger wieder. Kurjer „Wolski“ bezeichnet die Lösung der ostgalizischen Frage als die erste Aufgabe der Regierung. Die „Rads Kurjer“ schreibt, ist mit einer Verdrückung der Sejmwahlen wegen der Wilnaer und der ostgalizischen Frage zu rechnen. Das Blatt verlangt, daß dann die bisher verdrückten Sejmwahlen in den Karmelen vorgenommen werden. Die Blätter der Rechten veröffentlichen einen „Anruf Nowakows“, in dem dieser eine Darstellung seines Konfliktes mit dem Staatsoberhaupt gibt und um Entscheidung im Kampf um das Recht bei den Wahlen aufruft. „Kurjer Wolski“ schreibt, die Liste der Kabinettsmitglieder erzeuge bei den Parteien der Rechten eine völlige Enttäuschung. „Gazeta Poranna“ meint, im nationalen Lager könne man zur Regierung kein Vertrauen haben.

#### Tagesgeschichte.

##### Deutsches Reich.

Die Völkerbundskommission zum Studium der intellektuellen Zusammenarbeit auf internationalem Gebiet hielt am Dienstag in Genf eine Sitzung ab. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des Vertreters Deutschlands, Professor Günther, in dem dieser beklagte, infolge seiner Abreise mit einer wissenschaftlichen Kommission nach Japan der Tagung nicht beiwohnen zu können.

Ungelächte Reorganisation der Sowjetflotte durch Deutschland. W. A. meldet: Die „Times“ bringt aus Berlin die Mitteilung eines aus Rußland zurückgekommenen Reisenden, daß die Flotte Sowjetrußlands durch Deutsche

reorganisiert worden sei, und daß Deutschland hieran Munition und Ausrüstungsgegenstände geliefert habe. Die Mittelung des Reisenden beruht auf freier Erfindung.

Personalveränderungen in der Marine. W. A. meldet: Vizeadmiral Dominik, zur Verfügung des Chefs der Marineleitung, ist auf sein Gehalt aus dem Marineetat ausgeschieden. Kontradmiral Willen, Befehlshaber der Seekriegskräfte in der Nordsee, wurde zum Vizeadmiral, Kapitän a. See Ritter, Inspektor des Bildungswesens der Marine, zum Kontradmiral befördert.

Die Werksarbeiter in Tegel geschlossen. Die „B. A. W.“ meldet: Lieber tarifliche Fragen schwere Verhandlungen zwischen G. A. Werksarbeitern Tegel und den Vertretern der Arbeiterkammer. In dem Tegel-Werke hatten die Maschinen- und Holzer, da die Direktion ihre Forderung von 50 Prozent Lohnsteigerung als übertrieben ablehnte, am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen der Stilllegung der Werkeanlagen ließ sich die Direktion genötigt, das ganze Werk zu schließen, wodurch etwa 6000 Arbeiter beschäftigungslos geworden sind.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht Befehle über die Besetzung von Sozialrentnern, über Feuerungsmaßnahmen für Militärrentner, über Veränderungen in der Gewerbesteuererklärung und über Veränderungen in der Reichsversicherung.

Zusammenkunft republikanischer Studenten. Der erste Tag der Zusammenkunft der republikanischen Studenten in Jena hatte das Ergebnis, daß das unter großem Beifall erstrebte Reichsstatut deutscher republikanischer Studenten konstituiert wurde. In diesem Statut schließen sich laut „Volkst. Bzg.“ zusammen der Reichsbund deutscher demokratischer Studenten, die am gleichen Tage in Jena geführte Organisation des Sentrums, der Reichsbund der Sozialisten und der Reichsbund der Passifisten. Was die Kommunisten betrifft, so ist ihre Aufnahme in das Statut abgelehnt, aber ein Bruch mit ihnen vermieden worden.

#### Neubesetzungen für August

Aum Verlage des Berliner Tageblattes durch Post oder durch Bahnpoststrassen können Sie heute noch bestellen. Bezugspreis ohne Bruttoabgabe für August 41.— Mark. — Bestellungen zur Vermittlung an die Bahnpoststrasse nimmt auch die Bahnpoststrasse, Postfach 69, jederzeit entgegen.

Ämtliche Nachbetrachtung des Falles Gaugern-Stolberg. Ämtlich wird mitgeteilt: In der Presse finden sich eingehende Mitteilungen über den Verlauf des Prozesses vor dem baltischen Schwurgericht in Brügge gegen die ehemaligen deutschen Offiziere von Gaugern und Welling zu Stolberg wegen Mordes. Die Reichsregierung hält es für ihre Pflicht, die Öffentlichkeit über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Das Reichsministerium ist mit der Prüfung des in Deutschland vorhandenen Materials über den Fall betraut worden und wird das Ergebnis baldigst der Öffentlichkeit bekanntgeben. Die Kriegsverurteilung gegen die beiden Offiziere sind vom Reichsarchiv angefordert worden.

Der Zusammentritt des Staatsgerichtshofes verdrängert. Unter der Überschrift „Die Sabotage am Staatsgerichtshof“ bricht die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrer gestrigen Abendausgabe eine Meldung des „Völkischen Tageblattes“ ab, wonach die für den 10. August vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik angelegten Verhandlungen nicht stattfinden werden. Das „Völkische Tageblatt“ behauptet, die Verdrückung sei dadurch verursacht, daß aus Rücksicht auf Bayern möglicherweise in der Zusammenkunft des Staatsgerichtshofes noch eine Aenderung eintreten werde. Diese Behauptung entbehrt, wie wir hören, jeder Begründung. Die Verdrückung des Zusammentritts des Staatsgerichtshofes erklärt sich vielmehr dadurch, daß noch nicht alle Antworten der Verantwortlichen vorliegen, an die sich die Regierung mit der Bitte um Uebernahme eines Richterpostens am Staatsgerichtshof gewandt hat.

Der Dollarkurs. An der Berliner Börse setzte der Dollar am Mittwoch vormittag gegenüber den Notierungen im Abendverkehr am Dienstag wesentlich erhöht ein und erreichte einen Höchstwert von 780. Gleichseitig mit dem Dollarkurs, über dessen Steigen man sich nach der unvermeidlichen Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage kaum noch wundern kann, kletterten die übrigen ausländischen Zahlungsmittel zu bisher unerreichter Höhe. Selbst die Wolnoten, die gewöhnlich das Schicksal der Mark teilen, werden jetzt etwas günstiger bewertet.

Einbeziehung des Posten- und Telegraphenverkehrs. Die Regierung hat beschlossen, angesichts der starken Erschlaffung an der Börse unter der Leitung des Institut für eine Denkschrift zu errichten und den Posten- und Telegraphenverkehr einzuschränken. Die Beschränkung erweist in den nächsten Tagen. Der Posten- und Telegraphenverkehr an der Börse wird bereits vom 8. August an bis auf weiteres verboten.

##### Stallen.

Die Stirkkassen. Nach gestern vormittag in Rom vorliegenden Meldungen aus den Provinzen dauert der Streik noch teilweise fort. Die öffentlichen Betriebe sind überall in Tätigkeit. Die Eisenbahnen verkehren fast planmäßig. Die Nacht und der Vormittag sind ruhig verlaufen. Nur in Savona wurde ein Pakt mit einem Unbekannten geschlossen. In Rom berichtet vollkommene Ruhe. Die meisten öffentlichen Verkehrsanstalten nehmen ihren regelmäßigen Betrieb wieder auf.

Eine Erklärung Facta. Facta hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, die Zeitung der Regierung sei ihm von neuem in einem Ausmaß anvertraut worden, in dem die Einigkeit aller in dem Vorkrieg, nur dem Lande treu zu dienen, mehr als je erforderlich sei. Unruhen gegen den inneren Frieden, von welcher Partei sie auch ausgingen, stellen einen Angriff auf das Wohl der Nation dar. Der Staat müsse Vertrauen haben zu der Zusammenarbeit aller Kräfte und zu der Verantwortlichkeit besonnenen, die ihn mit dem selben Willen regierten, Gerechtigkeit gegen alle zu üben.

##### Rußland.

Verhandlungen mit Japan. Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetregierung und der Minister des Aeußeren der Republik des fernern Ostens haben eine gemeinsame Antwortnote an die japanische Regierung gerichtet, in der sie über die Beilegung der Entscheidung der japanischen Regierung, ihre Truppen aus dem russischen fernern Osten zurückzuziehen, Ausdruck verleiht und mittelt, daß die Regierungen der russischen sozialistischen liberalistischen Sowjetrepublik und der Republik des fernern Ostens bereit seien, mit Japan in Verhandlungen über die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu treten. Als Verhandlungsort schlagen sie Tokio oder Moskau vor. Falls die japanische Regierung dagegen Einwände hätte, wären sie auch bereit, Weking oder Tokio als Verhandlungsort anzunehmen. Die Delegierten der „RSPB“ sind der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetrepublik in Weking, Joffe und der Minister des Aeußeren der Republik des fernern Ostens Janzon.

##### England.

Eine Verteidigungsflotte. „Daily Chronicle“ zufolge verlautet von zuverlässiger Seite, daß die Regierung beabsichtigt, eine Verteidigungsflotte von insgesamt 400 bis 500 Flugzeugen zu schaffen.

##### Amerika.

Vom Eisenbahnverkehr. Die Eisenbahnpräsidenten, die den Vorschlag des Präsidenten Harding, betreffend die Wiederherstellung der Eisenbahnen, abgelehnt, aber sich gleichzeitig bereit erklärt haben, die Entscheidung des Staatsamtes über die Vödnung anzuerkennen und keine gerichtlichen Schritte anlässlich des Streiks zu unternehmen, haben erklärt, sie beabsichtigen, den Eisenbahnverkehr mit den zur Verfügung stehenden Kräften weiter im Gang zu halten. Die Eisenbahnpräsidenten sind gestern wieder von New York abgereist.

Streik der Stadtbahnangestellten in Chicago. Am Dienstag sind in Chicago 20000 Stadtbahnangestellte wegen einer Lohnherabsetzung um 17 Prozent in den Streik getreten.

Der Soldat für Wolfe angenommen. „New York Herald“ zufolge hat der Senat in Washington am Dienstag mit 86 gegen 17 Stimmen den von der Finanzkommission vorgeschlagenen Soldat für Wolfe angenommen.

##### China.

Wiederauftritt des Parlaments. Nach einer Spasmsmeldung aus Peking ist das chinesische Parlament, dessen Beratungen mehrere Jahre ausgefallen hatten, am 30. Juli wieder zusammengetreten. Im Abgeordnetenshaus bezeichnete der Vorsitzende es als eine der wichtigsten Aufgaben, eine Verfassung aufzustellen. Das Parlament hat sich darauf verlegt.

Die Kgl. Bayerische Staatsdruckerei, Berlin, hat sich durch ihre hervorragende Qualität, wird an Ort und Stelle zur Herstellung von Reichs- und Provinzialdruckereien, Herrschaftlichen Kassen, etc., wie man sich aus dem, dieses reichhaltige Material für Eingänge zur Anwendung zu bringen. Auch erwachsenen Kranken, welche eine Heilung durchmachen müssen, leistet es gute Dienste. Inverlörte Broschüre über die Pflege des Kindes kostenlos erhältlich durch „Bunda“-Gesellschaft m. B. G., Berlin S. 57.

#### Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

Er mußte vor seiner Erkrankung ein schöner Mann gewesen sein, Nase, Mund und Augen waren fein geformt, die Augen groß und dunkelblau, ein kurz geschorener, blonder Vollbart umrahmte die Wangen, die plötzlich sich dunkelrot färbten, während die fast durchsichtigen, aristokratischen Hände sich wie zur Abwehr erhoben.

„Nein, nein,“ rief er. „Nur Verzeihung! Es war alles Lüge! Wo ist Schüller? Frage ihn, höre das Zeugnis, das er mir gibt.“ Schüller, Sie müssen es mir bezeugen — hören Sie? — Doch! Das Schiff soll besetzen — verschlinge mich Meer, verschlinge mich alle, alle! — Ausgestossen! Kameraden, glaubt ihm nicht — alles nur Lüge!“

Er machte eine Pause, seine Hand fuhr durch die Luft, dann fiel sie matt auf die Decke nieder.

„Ja — Feiglinge!“ murmelte er. „Forderung zurückgewiesen! — Schloß für immer! — Schurken, kommt vor die Klinge, geht meine Ehre mir zurück! — Schüller, auch Du bist ein Schurke — läge nicht!“

„So treibt er schon den ganzen Tag.“ seufzte die Wärterin, nicht eine Minute lang hatte ich Ruhe.“

„Machte er einen Versuch, das Bett zu verlassen?“ fragte Doktor Gröllinger, während er ein Thermometer aus seinem chirurgischen Kasten nahm und sich zu dem Kranken niederbogte.

„Nein, er hat immer still dagesessen, aber mitunter geschrien, daß mir Hören und Sehen verging.“

„Schüller! — Schurke!“ rief der Patient plötzlich wieder.

Der alte Doktor fuhr aus seiner gebeugten Haltung empor. „Das Fieber ist etwas gestiegen.“ wandte er sich zu seinem Kollegen, „die Entscheidung muß nahe sein.“

„Wir haben einen Patienten im Hause, der Schüller heißt, Herr Doktor,“ flüsterte der Assistentenarzt.

„Richtig, der schwindsichtige Lehrer,“ sagte der alte Herr rasch. „Warte, sehen Sie doch einmal nach, ob er noch nicht zu Bett gegangen ist; es ist ja immerhin möglich, daß er diesem Mann kennt und Auskunft über ihn geben kann.“

„Der Name Schüller ist sehr gewöhnlich, Herr Doktor!“ warf die Wärterin ein.

„Müssen Sie Ihre Schlaucht auch wieder auf den Markt bringen? — Sehen Sie nur, Herr Kollege, holen Sie den Lehrer, morgen könnte es zu spät sein.“

Der Assistentenarzt verließ das Zimmer, die Wärterin grüßte mit dem Achseln, aber sie schwieg.

Doktor Gröllinger ließ sich neben dem Bett nieder und nahm eine Pfeife, sein Blick ruhte voll Mitleid auf dem bleichen Antlitze.

„Wie leicht guter Deute Kind, die nicht wissen, was aus ihm geworden ist und sich schmerzlos nach ihm sehnen,“ murmelte er. — „Ja, es ist schon so mancher in der Fremde verborben und gestorben, kein Jahn trägt weiter darnach, weshalb soll ich mir über diesen den Kopf zerbrechen?“

„Glauben Sie, daß er diese Nacht überleben wird, Herr Doktor?“ fragte die Wärterin.

„Das steht in Gottes Hand,“ erwiderte er, „die nächsten Stunden werden die Entscheidung bringen, die Krankheit hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Sie wünschen wohl sein Ende?“

„Ich wünsche keinem Menschen etwas Schlimmes, Herr Doktor,“ sagte sie verzagt.

„Na, na, der arme Teufel macht Ihnen nur Spaß, und nach seiner Genesung dürfen Sie auf keine Belohnung hoffen, ich weiß schon genau, wie Sie darüber denken.“

„Ich rechne niemals auf eine Belohnung, Herr Doktor,“ erwiderte die Wärterin, nun einen unterwürfigen Ton ansehend, „ich habe hier mein Gehalt und tue meine Schlichtigkeit. Es ist auch selten vorgekommen, daß mir ein Geschenk gemacht wurde, das dürfen Sie mir glauben, so weit entfernt sich die Dankbarkeit der Patienten nicht, daß sie an uns denken, wenn sie gefüllt dieses Haus verlassen.“

„Sie wohnen in der „Deube“?“ fragte der alte Herr, aus seinem Betten erwachend.

„Wohnen Sie das noch nicht, Herr Doktor?“

„Die Wärterin ist Ihre Schwester, nicht wahr?“

„Aufwarten. Sie hat's besser wie ich.“

nichts; hätte Sie sich vor ihm, das ist der beste Rat, den ich Ihnen geben kann.“

In den Augen der bangeren Frau blühte der Sonn' auf, aber sie fand keine Zeit, eine Antwort zu geben, denn eben wurde die Tür geöffnet, und von dem Assistentenarzt begleitet, trat ein großer, magerer Mann ein, der die hospitalische Trug, und dem man auf den ersten Blick die räthliche Krankheit ansah, die ihn mit raschen Schritten dem Tode näher brachte.

Doktor Gröllinger hatte sich erhoben, sein Blick ruhte prüfend auf dem tief eingelassenen, hohlen Antlitze des Kranken Mannes, der sich bar verlegen seine blau und weiß gestreifte Mütze abnahm und mit der mochtenen Hand einige Male über seinen kahlen Schädel strich.

„Sie wissen, weshalb ich Sie hierher bitten ließ?“ fragte er.

„Der Herr Doktor hat es mir gesagt,“ erwiderte der Kranke, während sein Blick den Patienten suchte, dessen Kopf tief in den Kissen vergraben lag.

„Schüller! Schurke!“ rief die heiser Stimme wieder.

Der Herr Doktor grüßte zusammen, als ob ein elektrischer Schlag ihn getroffen habe, aber schon im nächsten Moment umgibt ein geringschichtiges Mädchen seine Schritte.

„Ich habe viele Namensvettern,“ sagte er achselzuckend, „wenn mich mit dem Titel eines Schurken beehrt, der kann unendlich mich kenne. Ich bin in vornehmen Häusern erzieher gewesen, überall war ich hochgeachtet und gern gesehen, meine Feiglinge!“

„Es liegt keine Notwendigkeit für Sie vor, sich zu verteidigen,“ unterbrach ihn Doktor Gröllinger, „der Patient phantasiert nur die häufige Meinung Ihres Namens hat uns so aufmerksam gemacht. Bitte, treten Sie näher, kennen Sie den Mann?“

Er hatte den Schirm wieder von der Lampe genommen, der Blick Schüllers ruhte auf dem jetzt wieder hochrotten Gesicht.

„Nein, ich kenne ihn nicht,“ sagte er nach einer langen Pause. „Hat er keine Papiere, die Auskunft über ihn geben?“

„Nur einen australischen Pass.“

„Darf ich fragen, auf welchen Namen dieser Pass lautet?“